

Die Zeit – Wirtschaft : Das Symbol von Kyoto

Die Zeit, Hamburg, Germany
Die Zeit, Hamburg, Germany

DIE ZEIT

07/2005

Das Symbol von Kyoto

Das Klimaschutz-Protokoll tritt nächste Woche endlich in Kraft mit Konstruktionsfehlern

Von Fritz Vorholz

Ökobewegte sind als notorische Quengler verschrien. In der kommenden Woche wollen sie einmal fröhlich sein. Anlass der Ausgelassenheit ist das Kyoto-Protokoll, das nach Jahren diplomatischen Gerangels am Mittwoch endlich in Kraft tritt. Das in seinen Grundzügen bereits 1997 in Japan vereinbarte Klimaschutz-Abkommen gilt als ein erster Schritt zur Lösung des unheimlichsten aller Umweltprobleme: der Erderwärmung, verursacht vor allem durch Abgase aus der Verbrennung von Kohle, Öl und Gas.

Tatsächlich wird die Vereinbarung, an deren Zustandekommen die heutige CDU-Vorsitzende Angela Merkel einst maßgeblich beteiligt war, den bedrohlichen Temperaturanstieg nicht einmal merklich bremsen. Als gäbe es das komplizierte Vertragswerk nicht, wächst der weltweite Ausstoß der Treibhausgase sogar und zwar geradezu »monströs«, wie Hans-Joachim Luhmann, Klimafachmann im grün gewirkten Wuppertal Institut sagt. Bis zum Jahr 2010, dem Zieldatum des Kyoto-Protokolls, wird sich nach Luhmanns Kalkül die Emission der unerwünschten Substanzen, hauptsächlich Kohlendioxid (CO₂), um mindestens 6 Milliarden Tonnen erhöhen: ein Zuwachs von 20 Prozent gegenüber dem Basisjahr 1990 (siehe Grafik).

Dennoch wird es nächste Woche an feierlichen Worten nicht mangeln. Die japanische Umweltministerin Yuriko Koike will das Abkommen ebenso würdigen wie die kenianische Nobelpreisträgerin Wangari Maathai. Die Bonner Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann, in deren Stadt das UN-Klimasekretariat residiert, hat ebenso zu einem Festakt geladen wie die Grünen im Bundestag, die auf den »Meilenstein für den internationalen Klimaschutz« anstoßen möchten.

Sieben Umweltverbände haben sich bei Jürgen Trittin beschwert

Doch während die Grünen den internationalen Erfolg begießen, wächst die Kritik am nationalen Tun und Lassen ihres Umweltministers. So drastisch wie noch nie haben sich jüngst die Chefs von sieben Ökoverbänden über Jürgen Trittins »weitgehend substanzlose« Politik beschwert. Der klimapolitische Stillstand in Deutschland sei »alarmierend«, heißt es in dem Brief an den Minister, den unter anderen der Geschäftsführer des WWF und die Vorsitzende des BUND unterschrieben haben.

Die Ökos sind nicht nur darüber sauer, dass Trittin klammheimlich das Versprechen des früheren CDU-Kanzlers Helmut Kohl begraben hat, Deutschland werde seine Kohlendioxid-Emissionen bis 2005 um ein Viertel vermindern. Sie nervt auch, dass die Politik des Grünen womöglich nicht einmal die schwächere Zielmarke des Kyoto-Protokolls (minus 21 Prozent bis 2010) erreichbar werden lässt und dass Trittin gleichwohl darauf verzichtet, seinen Kabinettskollegen mehr Klimaschutz abzutrotzen. Offenbar wolle er partout »keine Konflikte mehr eingehen«, mutmaßen Trittins außerparlamentarische Kritiker.

Derweil wächst auch im Parlament die Unzufriedenheit mit der rot-grünen Umweltpolitik. Unter Bundeskanzler Gerhard Schröder, dem parteilosen Wirtschaftsminister Werner Müller und dessen Nachfolger Wolfgang Clement habe die SPD ihre Öko-Kompetenz »leichtfertig aufgegeben«, klagt der Bonner

Abgeordnete Ulrich Kelber in einem Bericht für das so genannte Netzwerk, eine Gruppe jüngerer Sozialdemokraten. Neidisch blicken Kelber und Co nach Großbritannien, wo Premierminister Tony Blair den Kampf gegen den Klimafrevel zu seinem persönlichen Anliegen erkoren hat, während Schröder die Angelegenheit offenbar als Gedöns betrachtet.

Die Langzähigkeit des Kanzlers und der gebremste Elan seines Umweltministers kommen indes nicht von ungefähr. Beide stehen unter dem Druck der Wirtschaftslobby, die sich gegen mehr Klimaschutz wehrt: Das Ansinnen sei nutzlos, solange die EU allein voranschreite »von einzelnen Mitgliedsstaaten ganz zu schweigen«, heißt es beim Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI).

Tatsächlich steuert die EU nicht mehr als 14 Prozent zu den globalen Emissionen bei, Deutschland weniger als vier Prozent. Selbst wenn die Deutschen ihren Beitrag zum Klimadesaster drastisch minderten, würde nach Adam Riese der globale Erwärmungstrend kaum gestoppt, solange anderswo der Ausstoß von Treibhausgasen nicht gedeckelt ist. Genau dies ließ sich aber beim diplomatischen Marathon hin zum Kyoto-Protokoll nicht durchsetzen. Der Vertrag basiert ausschließlich auf freiwilligen Besserungsgelöbnissen einzelner Staaten. Sämtliche Entwicklungsländer, auch jene mit großem und rasch wachsendem CO₂-Ausstoß wie China und Indien, waren dazu nicht bereit der Gerechtigkeit wegen.

Obwohl China nach den USA der zweitgrößte CO₂-Emittent ist, pustet jeder Chinese nicht einmal drei Tonnen des Klimagases in die Erdatmosphäre; jeder Inder begnügt sich gar mit nur einer Tonne. Im Vergleich zum CO₂-Ausstoß der Deutschen (10 Tonnen) oder der US-Bürger (20 Tonnen) ist das zwar wenig. Weil allerdings US-Präsident George W. Bush vor allem die vom Kyoto-Protokoll unbehelligte chinesische Konkurrenz zunehmend als bedrohlich empfindet, verweigert auch er sich dem Klimaschutz-Regime. Die internationale Verhandlungsmaschinerie tritt deshalb auf der Stelle.

Dabei bezweifeln Fachleute nicht, dass sich die Menschheit des Klimaproblems entledigen kann. Eine von dem Autohersteller Ford und dem Ölkonzern BP gesponserte Forschergruppe der renommierten Princeton-Universität hat kürzlich einen detaillierten Schlachtplan für den Kampf gegen den Treibhauseffekt entworfen. Die beiden Urheber, Stephen Pascala und Robert Socolow, setzen unter anderem auf sparsamere Autos und besser isolierte Häuser, auf effizientere Stromfabriken, Wind- und Solaranlagen sowie auf eine Technik, mit der das Treibhausgas schadlos gebunkert wird, statt es in die Erdatmosphäre zu blasen. Auch der Bonner Ökonom Carl Christian von Weizsäcker hält es für möglich, die Erderwärmung zu stoppen; er glaubt sogar, dass die Operation nicht mehr als ein halbes Prozent des weltweiten Sozialprodukts kosten müsste. Dafür sei aber ein »echtes Klima-Abkommen« vonnöten und keines wie die Kyoto-Vereinbarung, die »nur Symbolcharakter« habe.

Die Kyoto-Kritiker wollen die Blockade aufbrechen, indem sie die Entwicklungsländer mit Geld locken. Den weitreichendsten Vorschlag dafür hat ein umtriebiger CDU-Mann vorgelegt: Lutz Wicke, Professor für Ökomanagement, früher Umweltstaatssekretär im Berliner Senat. Wicke plädiert dafür, jeden Menschen auf der Erde mit gleich vielen CO₂-Rechten auszustatten. Länder mit geringem Pro-Kopf-Ausstoß sollen nach seiner »Kyoto Plus« genannten Idee die nicht benötigten Lizenzen gewinnbringend verkaufen können während den Industrieländern die Sache schmackhaft gemacht werden soll, indem der Preis für die Emissionsrechte gedeckelt wird: auf zwei Dollar pro Tonne CO₂.

Jede Reform des Kyoto-Protokolls sei »äußerst schwer durchzusetzen«, gibt Wicke zu; sein Vorschlag habe aber noch »vergleichsweise gute Realisierungschancen«, meint er nicht unbescheiden.

Das wird sich zeigen. Spätestens Ende des Jahres, bei der nächsten Klimakonferenz.

Siehe auch Wissen, Seite 33